

MEINUNGEN UNSERER LESERINNEN UND LESER

Zuger Amtsblatt

Das Zuger Amtsblatt in seiner neuen Form findet in der Bevölkerung keinen Anklang. Einerseits wird der wöchentliche Gang auf die Gemeinde als auch die Form respektive Gestaltung des gedruckten, des sogenannten pAmtsblatts als nicht besonders attraktiv empfunden, insbesondere das Marktblatt wird vermisst. Der Regierungsrat hat zwar stets betont, dass er ein pAmtsblatt ohne Marktblatt will. Aus dem Bericht der vorberatenden Kommission, als auch aus der Debatte im Kantonsrat ging aber hervor, dass eine Mehrheit ein pAmtsblatt mit Marktblatt wünscht, wenn sich ein Anbieter finden lässt. Dass dann der Regierungsrat eine Ausschreibung für den Druck des pAmtsblatts ohne Marktblatt gemacht hat, bedauere ich sehr. Dadurch wurde die Chance vergeben, einen Anbieter für ein pAmtsblatt mit Marktblatt zu finden und das Amtsblatt in der bekannten Form weiterleben zu lassen. Aus der Antwort des Regierungsrates auf eine kleine Anfrage von mir, hält der Regierungsrat fest, dass er seine Haltung diesbezüglich nicht ändern will. Die voraussichtlichen Ausgaben für das gedruckte Amtsblatt belaufen sich übrigens auf rund 172'940 Franken. Ziemlich viel Geld für etwas, was so eigentlich niemand will. Denn die Auflage von anfänglich 1000 Exemplaren pro Woche wurde zwischenzeitlich auf 500 pro Woche reduziert.

Esther Monney-Rogenmoser
Kantonsrätin SVP, Unterägeri

Pro Zebrastreifen auf der Chamerstrasse

Auf einer Strasse, wo sich verschiedene Verkehrsteilnehmer begegnen, braucht es Ordnung und Klarheit, um ausreichend Sicherheit zu schaffen. Die Verantwortung ausschliesslich dem Fussgänger zu übertragen, wie auf der Chamerstrasse im Dorfczentrum von Hünenberg, wo der Zebrastreifen entfernt wurde, ist nicht nur vom gesunden Menschenverstand her unausgewogen, sondern auch vom normierten Recht her falsch. Beide gebieten auf dieser stark frequentierten Strasse mit hohem Querungsbedürfnis klar einen Zebrastreifen. Sowohl für ältere Leute wie auch für Kinder ist der Übergang in der jetzigen Situation kaum bewältigbar; nicht mangels richtiger Verkehrserziehung, sondern weil Kinder bis 12 Jahre die an dieser Stelle zusammentreffenden Schwierigkeiten (zweispurige Kreuzung, Garagenausfahrt, Bushaltestellen) noch nicht richtig einschätzen können. Die Auskunft der querenden Jugendlichen lautet, dass sie stets aufpassen müssen, dass sie «nicht überchared» werden. Natürlich kann auch ein Zebrastreifen nicht das Unmögliche leisten, nämlich die absolute Sicherheit zu garantieren. Aber er schafft klare Verhältnisse: Hier haben Fussgängerin und Fussgänger Vortritt gegenüber den Velofahrenden, dem Bus, den Autofahrenden. Mit der Anbringung eines Zebrastreifens ist für die Nichtbenutzende nichts verloren, jedoch für Benutzende viel gewonnen. Klar kommt es vereinzelt vor, dass Fussgänger den Zebrastreifen blindlings – also ohne «warte, luege, lose» – überqueren. Die Regel ist es aber nicht, weswegen wir massiv mehr Unfälle auf Zebrastreifen zu verzeichnen hätten als dies tatsächlich der Fall ist. Unser Zusammenleben funktioniert nicht ohne ordnende Elemente, dies gilt ganz besonders für den Strassenverkehr. Ohne Zebrastreifen auf dieser verkehrsreichsten Stelle im Dorf überlässt man das Kind, die Jugendliche, den Vater mit Kinderwagen, die betagte

Seniorin einfach sich selbst. Sie sollen selber schauen, wie sie rüberkommen. Dies möchte die Bevölkerung nicht hinnehmen und wünscht sich zu 99 Prozent einen Zebrastreifen. Das wird relativ schnell klar, wenn man für die derzeit laufende Petition Unterschriften sammelt. Bemerkenswert ist, dass die Rechtsauffassung der Leute mit dem normierten Recht Hand in Hand gehen. Rechtlich gesehen hätte der Zebrastreifen nämlich gar nie entfernt werden müssen. Die Entfernung des Zebrastreifens fusst auf folgendem Rechtsirrtum: es wurde auf die klar als «verkehrsorientiert» einzustufende Chamerstrasse fälschlicherweise eine Verordnung angewendet, die ausschliesslich auf «siedlungsorientierte» Strassen (wie z.B. die Sonnenhaldenstrasse) anwendbar ist. Diese Verordnung schreibt u.a. vor, dass in einer Tempo-30-Zone Fussgängerstreifen in der Regel zu entfernen sind, damit die Fussgänger auf diesen wenig frequentierten Strassen frei queren können. Auf die Chamerstrasse wurde somit die falsche Verordnung angewendet. Es irritiert, dass in einer so bürgernahen und familienfreundlichen Gemeinde dermassen zäh für die Wiederanbringung eines Zebrastreifens gerungen werden muss, welcher eigentlich gar nie hätte entfernt werden dürfen.

Alexia Renner
Co-Präsidentin Grünes Forum
Hünenberg

Schuld am Rechtsrutsch ist unter anderem die Identitätspolitik

Wenn die Linken nun monieren, dass in Deutschland bald 20 Prozent AFD wählen, sind sie nicht unschuldig daran. Sie haben sich als besserwisserische Moralinstanz in erster Linie über diejenigen gestellt, die einst ihre eigentliche Klientel waren: die Arbeiterschaft und die sozial Abgehängten. Und wenn sie nun alle AFD oder in der Schweiz SVP Wählende als Rechtsextreme beleidigen, müssen sie sich nicht wundern, wenn sich die Arbeiter und sozial Benachteiligten von den linken Parteien abwenden. Auch in der Schweiz sind die einstigen Arbeiterparteien abgehoben und weltfremd geworden und beschäftigen sich mit irrelevanten Themen, welche ihre Klientel nicht interessieren (Identitäts- und Genderpolitik). Wie bei der FDP, die vom politischen Liberalismus keine Ahnung hat und dem Neoliberalismus huldigt sowie bei Worten wie Popper oder Lübke nur die Stirn runzeln, haben die Linken von der hegelianischen Dialektik keine Ahnung mehr. Diskussionen beherrschen sie nicht mehr. Sie fordern solidarisches Handeln, aber diskutiert darüber darf nicht werden. Wer den Rechtsrutsch wirklich bekämpfen will, muss wieder eine Politik betreiben, welche dem Volk dient. Leider sind die AFD oder andere scheinbar rechtsextreme Parteien besser als unsere bürgerlichen und linken Parteien. Den Linken Parteien sei empfohlen, sich endlich wieder um die sozial Abgehängten zu kümmern, auch wenn sie dann die Konzerne angreifen müssen. Gleichstellung usw. sind erstrebenswert, aber sie sind nicht die einzigen Themen. Brecht hatte schon Recht als er 1968 schrieb: «Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.»

Michel Ebinger Rotkreuz

Hohe Zustimmung im Kantonsrat zu Tunnel in Ägeri

Der Politbetrieb ist normalerweise unglaublich langsam und Erfolgserlebnisse sind selten. Mit dem Umfahrungstunnels in Unterägeri und

Zug geht es jedoch schnell vorwärts. Im Dezember 2021 reichten mein FDP-Kollege, Alt-Kantonsrat Markus Spörri, und ich ein Postulat im Zuger Kantonsrat ein, mit dem Ziel dass der Regierungsrat ein Projekt für einen Umfahrungstunnel Unterägeri aufgleist. Die Vorlage kam, ging durch die Vernehmlassung und wurde durch drei vorberatende Kommissionen bestätigt. Nur eineinhalb Jahre nach unserem Vorstoss genehmigte der Kantonsrat am 29. Juni in erster Lesung bereits den definitiven Richtplaneintrag und den Rahmenkredit über rund 300 Millionen Franken für den Tunnelbau. Sämtliche bürgerliche und auch einige linke Politiker stimmten dafür. Es resultierte eine hohe Zustimmung im Zuger Parlament. Gleiches gilt für den Umfahrungstunnel der Stadt Zug. Ich bedanke mich bei der Baudirektion und den Kantonsrätinnen und Kantonsräten für diesen Effort und die breite Unterstützung. Die Umfahrung ist für Unterägeri und das gesamte Ägerital eine grosse Chance. Zwar wird es noch einige Jahre für Planung und Bau benötigen. Die Tunnelumfahrung wird dann jedoch eine Verkehrsentslastung und Zentrumsentwicklung mit hoher Lebensqualität für kommende Generationen ermöglichen. Auch für Oberägeri ist ähnliches initiiert. Da bisher jedoch kein Richtplaneintrag bestand, dauert es länger. Dort hat die Gemeindeversammlung aufgrund einer Motion der FDP Oberägeri den Gemeinderat beauftragt, sich für einen Eintrag einer Tunnellösung im Richtplan einzusetzen. Die zweite Lesung im Kantonsrat zu den Umfahrungen folgt im August. Im Frühjahr 2024 gibt es dann wohl eine Volksabstimmung. Aufgrund der Rückmeldungen und der sehr breiten Unterstützungsbasis bin ich überzeugt, dass die Umfahrungen Unterägeri und Zug bei den Stimmenden Zustimmung erhalten werden. Die Dynamik ist positiv und die finanziellen Mittel sind vorhanden, nutzen wir also die Chancen für generationenübergreifende Lösungen!

Peter Letter
Kantonsrat FDP, Oberägeri

Oberägeri schaut in die Röhre!

An der letzten Kantonsratssitzung setzte der Kantonsrat im Richtplan die Umfahrung Unterägeri, respektive einen Umfahrungstunnel für Unterägeri fest. Als Oberägerer Kantonsrat bin ich gegen diesen geplanten Umfahrungstunnel. Der motorisierte Verkehr würde nicht vermindert, wie der Regierungsrat glauben macht, sondern ein Grossteil stammt aus dem Ägerital selbst und ist hausgemacht. Doch neue Strassen lösen diese werden nach ein paar Jahren noch verschärft werden. Weiter würde es noch mehr Transitverkehr anziehen und die Verkehrsbelastung im Ägerital noch weiter zunehmen. Oberägeri wäre besonders von der Verkehrsmehrbelastung betroffen, da der zusätzliche Durchgangsverkehr mitten durch das Dorf fliesst. Die Lebens- und Aufenthaltsqualität würden in der Gemeinde weiter verschlechtert und das will die Bevölkerung nicht. Die Ausbaupläne des Kantons für zusätzliche Strassen, das sind auch die Umfahrungsstrassen Zug und Unterägeri gemeint, stehen quer zur Klimapolitik. Der Kanton soll mehr in klimaschonende und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur investieren, als milliardenschwere Strassenbauprojekte zu planen.

Andreas Iten
Kantonsrat Alternative –
die Grünen, Oberägeri

Cluster-Wohnungen für Alt und Jung!

Ein Cluster-Wohnung ist eine kleinere Wohnung, wo zusätzliche Räume mitbenutzt werden können. In diesem Wohnmodell entstehen Zweckgemeinschaften, die sich gegenseitig bereichern ohne sich auf den Schlipps zu treten. Überbauungen mit Cluster-Wohnungen können verschiedene Gesichter haben. Der Ausbaustandard und das Angebot der gemeinsam genutzten Räume bestimmen den Preis der Wohnung. Von günstig bis luxuriös ist alles möglich. Es ist nicht das Portemonnaie, das entscheidet, ob mich eine solche Wohnung interessiert, sondern meine Einstellung. Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Der Anteil an Einpersonenhaushalten ist enorm gestiegen. Die gängigen «Familienwohnungen» entsprechen in vielen Fällen nicht mehr den Bedürfnissen ihrer Bewohnerinnen und Bewohnern. Vereinsamung wird immer mehr zum Problem. Wohnen in einer Cluster-Wohnung könnte vielen Menschen mehr Lebensqualität bringen. In Cluster-Wohnungen fühlen sich kontaktfreudige, hilfsbereite Menschen wohl. Menschen, die sich beim Wohnen mit einer kleineren Privatsphäre zufriedengeben, im Wissen, dass sie andere Räume mitnutzen können. Benutze ich mein Gästezimmer als Abstellkammer? Könnte mein Wein in einem wohltemperierten Keller besser alt werden? Stehen meine Fitnessgeräte meist unbenutzt herum? Würde ich gerne mit Gleichgesinnten leckere Mahlzeiten kochen und beim gemütlichen Beisammensein geniessen? Bin ich eine Person, die sich gerne mit ihrer



Michèle Kottelat.

Foto: zvg

Umwelt auseinandersetzt? Vermisse ich nach dem Auszug der erwachsenen Kinder die anregenden Tischgespräche und den Austausch? Dann könnte mich das Leben in einer Cluster-Wohnung interessieren. Deshalb mein Aufruf an Architekten, Planer, Immobilien-Entwickler und Wohnbaugenossenschaften: Integriert in euren Projekten Cluster-Wohnungen für Jung und Alt und für jedes Portemonnaie! Die Zeiten von «Cut and Paste» mit immer denselben Grundrissen sind vorbei, die Zukunft braucht Raum für neue Wohnmodelle. Mit jedem Umzug von einer grossen Wohnung in eine Cluster-Wohnung wird Wohnraum frei.

Michèle Kottelat
GLP Netzwerk «Oldies for Future»

Reto Kaufmann ist neuer Domherr des Kantons

Langjähriger Pfarrer in der Pfarrei St. Michael

Der Regierungsrat hat Reto Kaufmann per 1. Juli zum neuen Domherrn des Kantons Zug und damit zum Mitglied des Domkapitels des Bistums Basel ernannt.

Reto Kaufmann wurde 1998 in Solothurn zum Priester geweiht. Nach einem Vikariat in der Pfarrei St. Jakob in Cham war er während 12 Jahren Pfarrer in den Pfarreien St. Anton und St. Michael in Luzern. Seit 2016 ist Reto Kaufmann Pfarrer der Pfarrei St. Michael in Zug und Pastoralraum Pfarrer des Pastoralraums Zug-Walchwil. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass Reto Kaufmann alle Voraussetzungen für die Wahl zum Domherrn des Kantons Zug erfüllt. Als Zuger Stadtpfarrer ist er bestens mit der Kirche

und den Menschen des Kantons Zug vertraut. «Als Domherr nimmt Reto Kaufmann eine wichtige Drehscheibenfunktion zwischen der Zuger Bevölkerung, dem Kanton Zug und dem Bistum Basel ein. Gewiss wird es diese Aufgabe mit Feingefühl und Weitsicht wahrnehmen», so Regierungsrat Andreas Hostettler. Reto Kaufmann tritt die Nachfolge von Alfredo Sacchi an, der sein Amt seit 2013 ausgeführt hat. Der Zuger Regierungsrat dankt Alfredo Sacchi für seine langjährige und umsichtige Arbeit als Domherr. Er hat seine Aufgabe mit viel Engagement und Empathie ausgeführt und sich auch in schwierigen Zeiten, wie nach dem Zuger Attentat oder während der Pandemie, für Betroffene und die Zuger Bevölkerung eingesetzt. PD



Pfarrer Reto Kaufmann bekleidet neu das Amt des Domherren.

Foto: zvg